

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. F. Alrici & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in Meseritz bei Ph. Matthies.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Haube & Co., Haasenklein & Fogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 334.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 13. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

### Zum Landtagschlusse.

Mit dem Schlusse der Landtagsession, den der Vizepräsident des Staatsministeriums, Minister v. Puttkamer, heute vollzogen hat, geht auch die Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses zu Ende, des ersten, in welchem die Konservativen mit dem Zentrum, den Polen und Welfen über die Majorität verfügten. Die schärfste Kritik an den Leistungen dieser Koalition, welche sich nach den Neuwahlen von 1879 konstituierte, übt die „Prov.-Korresp.“ in ihrem Rückblick, indem sie der Genugthuung darüber Ausdruck giebt, daß der Landtag wenigstens auf einem Gebiete eine positive Wirksamkeit entfaltet habe, nämlich auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist in der That nahezu vollendet. Das preussische Staatsbahnnetz ist von 6328 Kilometern im Jahre 1879 auf 16,000 Kilometer angewachsen; weitere 2150 Kilometer sind zwar noch im Privatbesitz, stehen aber unter Verwaltung des Staats. Von dem Standpunkt der Regierung aus ist das ein unweifelhafter Erfolg; aber wenn die Regierung auf die Hilfe der konservativ-kerikalen Majorität angewiesen gewesen wäre, so hätte sie auch auf diesem Gebiet nur einen Mißerfolg zu verzeichnen. Ob das Werk, für welches die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses einen großen Theil der Verantwortlichkeit trägt, sich als ein heiliges bewähren wird, bleibt abzuwarten. Ob die Liberalen, welche bei dem Zustandekommen des Zulagegesetzes mitgewirkt haben, das Zeugnis der „Prov.-Korresp.“, daß die Erfolge dieses Gesetzes die Richtigkeit des Prinzips der diskretionären Vollmachten klar gelegt hätten, anerkennen werden, wissen wir nicht; der zweifellose Erfolg des Zulagegesetzes ist der, dem neuen kirchlich-politischen Kompromiß die Wege gebahnt zu haben, den die Regierung aus den Händen des Zentrums und der Konservativen entgegengenommen hat. Dieser Kompromißmajorität hat Herr v. Rauchhaupt gestern (Donnerstag) das Verdienst zuerkannt, die bisher bestehende Dissonanz in eine glückliche Assonanz aufgelöst zu haben; was in gutes Deutsch übersezt heißen sollte, daß es ihm und seinen Freunden gelungen sei, den dringenden Wunsch des Ministers v. Puttkamer nach Erledigung der hannoverschen Kreis- und Provinzialordnung, zu der es einer konservativ-nationalliberalen Mehrheit bedurft hätte, zu vereiteln mit Hilfe des Verprechens des Zentrums, den Gesetzentwurf wegen der Vertretung des lauenburgischen Landeskommunalverbandes in der Fassung des Herrenhauses anzunehmen. Minister v. Puttkamer aber mußte selbst in dieser Beziehung mit dem guten Willen der Majorität vorlieb nehmen, da bei der Abstimmung das Haus sich als nicht beschlußfähig erwies. Das Debattieren der „Prov.-Korr.“, daß die letzte Session auf dem Gebiet der Verwaltungsreform völlig unfruchtbar gewesen sei, ist demnach gewiß aufrichtig; an der Frucht der früheren Sessionen, dem Gesetz über die Organisation der Allgemeinen Landesverwaltung, hat Herr v. Puttkamer kein Interesse. Am meisten wird der gegenwärtige Minister des Innern beklagen, daß es ihm nicht gelungen ist, irgend einen Akt der Gesetzgebung herbeizuführen, der als eine anticipirte Zustimmung der Volksvertretung zu der Revision der Verwaltungs-gesetzgebung gedeutet werden könnte. Das Mißlingen einer Verständigung über das Verwendungsgesetz hat Vizepräsident v. Puttkamer in den kurzen Worten, mit denen er den Verzicht der Regierung auf die Fortsetzung der Session motivirte, als ausschlaggebend bezeichnet; die Weigerung der Majorität, das Gesetz in einer Kommission zu beraten, wird als die Ablehnung einer gründlichen und sachlichen Prüfung ausgebeutet, um die Thatsache zu verdunkeln, daß die Regierung für ein nach ihrer Ansicht so wichtiges Gesetz die Zustimmung keiner einzigen Partei gefunden hat. Es wird unter diesen Umständen allerdings Sache der Wähler sein, dafür zu sorgen, daß in dem neuen Abgeordnetenhaus die liberalen Parteien hinlänglich gekräftigt erscheinen, um Assonanzen nach dem Herzen des Herrn v. Rauchhaupt, d. h. konservativ-kerikale Koalitionen, unmöglich zu machen. Das Wohl des Landes wird dann besser gesichert ein als jetzt.

Auf allen Gebieten der Gesetzgebung, von denjenigen der Eisenbahnen abgesehen, herrschten während der abgelaufenen Session Unfruchtbarkeit und Stagnation, unsicheres Tacten und Experimentiren oder offenbarer Rückschritt, Mangel an einem festen Ziel und Plan: auf dem Gebiet der Verwaltungs- und der Steuer-Reform-Frage, wie auf dem der kirchlichen und Schulpolitik. Ueberall weist hier die ganze Legislaturperiode wenig Ersprießliches, viel Unerfreuliches auf, und man kann höchstens darüber eine zweifelhafte Genugthuung empfinden, daß die konservativ-kerikale Majorität mit ihren Bestrebungen nicht erfolgreicher gewesen ist. In der That, diese Majorität, die anfangs mit so viel Siegeszuversicht gefeiert wurde, hat wenig genug an positiven Leistungen zu verzeichnen, sie hat sich als durchaus impotent erwiesen, und das ist das Trüblichste an dem Verlauf der jetzt beendigten Legislaturperiode. Die einzige bedeutende Schöpfung, von der wir oben sprachen, die Eisenbahnverstaatlichung ist nur mit Hilfe der Nationalliberalen gegen das

Zentrum zu Stande gekommen. Es ist, wir wiederholen es, recht charakteristisch für unsere Zustände, daß selbst mit diesem Abgeordnetenhaus die Regierung nicht auszukommen vermochte, daß überall gescheiterte Gesetze und zertrümmerte Projekte umherliegen, und daß diese Volksvertretung von der Regierungspresse mit unwirksamen Worten und Auflösungsdrohungen entlassen wurde. Ein Umschwung bei den Wahlen zu Gunsten der Liberalen kann nicht ausbleiben. Vor einer Periode der schlimmsten Reaktion sind wir nur dadurch bewahrt worden, daß die völlige Einigung der Konservativen und Kerikalen erst am Schlusse der Legislaturperiode zu Stande kam. Daß das Versäumte nicht nachgeholt werden kann, dafür eben müssen nunmehr die Wähler sorgen.

### Sozialismus im Tabaksmonopol.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ sucht sich gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, daß sie zur Begründung des Tabaksmonopols sich auf sozialistische Lehren gestützt habe. Sie will mit der allgemeinen Forderung der sozialistischen Doktrin, den Gewinn der einzelnen Privaten in einen Gewinn der Gesamtheit umzuwandeln, nichts zu schaffen haben. Trotzdem hat diese Anschauungsweise in der bisherigen Agitation für das Monopol eine große Rolle gespielt und spielt sie noch heute. Dieselbe Feindseligkeit gegen den „Zwischenhändler“, welche so häufig in den Zolldebatten des Jahres 1879 hervortrat, klingt auch aus den Gründen für das Tabaksmonopol jeden Augenblick heraus. Oder was ist es Anderes, wenn Herr v. Mayr die glückliche Zukunft des Tabakpflanzers preist, der, von der freien Konkurrenz der Händler erlöst, an dem Staate einen stets sicheren und väterlich wohlwollenden Abnehmer findet. Die Rehrseite dieses verlockenden Bildes hat freilich Herr Gobrecht bereits treffend beleuchtet, und es werden noch andere Redner kommen, die aus der unmittelbaren Anschauung der Praxis heraus diese Kritik vervollständigen und verschärfen werden. Aber wie dem auch sei, uns kommt es hier darauf an, die grundsätzliche Bedeutung dieses Theils der Monopolvorlage festzustellen. Die Motive bezeichnen als die Pflicht einer vernünftigen deutschen Steuerpolitik, den Tabakbau nicht zu schädigen, sondern zu fördern. Diese „Förderung“ aber soll in erster Linie darin bestehen, daß für das Produkt des Tabakpflanzers der freie Markt beseitigt, der Tabakhandel vom Staate betrieben wird. Nun, dieselbe Pflicht der „Förderung“, wie gegenüber dem Tabakbau, hat der Staat ohne Zweifel gegenüber der gesamten Landwirtschaft. Wenn nun der Getreidebauer nicht weniger als der Tabakpflanzler über allerlei Bedrückung durch den Händler klagt, mit welchem Rechte will man Jenem die Wohlthat allezeit sicheren Absatzes und fester Preise vorenthalten, welche man diesem gewährt? Sprechen nicht vielmehr dieselben Gründe, welche aus den allgemeinen Pflichten landesväterlicher Fürsorge für die Verstaatlichung des Tabakhandels entnommen werden, auch für die Verstaatlichung des Getreidehandels? Im Gegentheil, noch weit durchschlagendere Momente ließen sich unter dem Gesichtspunkte jener Fürsorge für den letzteren geltend machen. Aber warum bei der Landwirtschaft stehen bleiben? Hat nicht die gewerbliche Produktion den gleichen Anspruch auf einen staatlich gesicherten Markt? Und so kommen wir unaufhaltsam in das sozialistische System einer staatlichen Organisation der gesamten Arbeit. Es nützt nichts, wenn die Vertreter der Regierung derartige Konsequenzen mit dem Hinweis zu widerlegen suchen, daß das Tabaksmonopol in anderen Ländern bestesse, ohne daß dieselben dem Sozialismus verfallen seien. In diesen anderen Ländern ist das Tabaksmonopol unter völlig anderen Voraussetzungen entstanden, und nirgends hat es eine Nebenbedeutung erhalten, wie wir sie hier geschildert haben. Bei dem außerordentlichen Umfange, welchen das Tabakgewerbe in Deutschland gewonnen hat, ist eben die sozialistische Wirkung der Einführung des Monopols schlechterdings nicht zu vermeiden. „Man rede uns“, so ruft in ihrer Betrachtung des Gegenstandes sogar die „N.-L. C.“, nicht von doktrinärem Uebertrieb! Der gemäßigste Liberalismus hat in den letzten Jahren — wir erinnern nur an die Verstaatlichung der Eisenbahnen — genugsam gezeigt, daß er sich von einer Erweiterung der Staatstätigkeit auf Gebieten, wo dieselbe als berechtigt und zweckmäßig erscheint, durch das Schreckbild des „Staatssozialismus“ nicht abhalten läßt. Aber, daß die Kriterien solcher Berechtigung und Zweckmäßigkeit in Bezug auf das Tabakgewerbe am wenigsten zutreffen, hat Gobrecht klar und unwiderleglich nachgewiesen. Wäre das Tabaksmonopol stets nur rein sachlich als Steuermaßregel behandelt worden, so hätte sich niemals eine so leidenschaftliche Diskussion an dasselbe knüpfen können. Aber es wäre dann auch bald genug als gänzlich ungeeignet bei Seite gelegt worden. Nur indem man das Projekt, bewußt oder unbewußt, mit allerlei sozialistischem Beiwerk verschah, verhalf man ihm zu seiner gegenwärtigen Bedeutung, und man darf sich nicht wundern, wenn nunmehr diese Seite der Sache vollauf gewürdigt wird.“

### Deutschland.

□ Berlin, 11. Mai. Endlich ist der preussische Landtag geschlossen; hoffentlich wird das Abgeordnetenhaus in dieser Zusammensetzung nicht wieder in Funktion treten; noch niemals existirte in Preußen ein der liberalen Sache so ungünstig zusammengesetztes Abgeordnetenhaus. Und doch wurde es heute ziemlich ungnädig vom Ministerium behandelt. Man fragt unwillkürlich, wie müßte ein Abgeordnetenhaus aussehen, welches das Ministerium Bismarck-Puttkamer-Göbler Befriedigendes leistete? Die heutige kurze Sitzung vor der Schlussfikung kennzeichnete unsre verwirrten Verhältnisse durchaus schlagend. Man erinnert sich, mit welcher Energie Minister Puttkamer das Zusammentreten von Landtag und Reichstag verlangt hatte, nicht bloß des Verwendungsgesetzes halber, sondern um die hannoversche Kreis- und Provinzialordnung und andere Gesetze in beiden Häusern durchberathen zu sehen. Man erinnert sich ferner, daß nach dem Fall des § 1 des Verwendungsgesetzes die Minister keine Aenderung ihrer Forderung laut werden ließen, daß sodann im Reichstag die Linke der Sache durch die Auszählung der Mitglieder ein Ende bereitere. Letzteres hat die „Provinzial-Korrespondenz“ vom gestrigen Tage hinreichend anerkannt, indem sie erklärte, die Regierung habe ihre Wünsche modifiziren müssen, da sich „nach der mit dem Verwendungsgesetz gemachten Erfahrung und anderweitigen Vorkommnissen der letzten Tage nicht mehr erwarten ließ, daß die noch rückständigen Vorlagen einer sachlichen und gründlichen Prüfung unterzogen werden würden“; es würden demgemäß „die Kanalvorlage, die Kreis- und Provinzialordnung für Hannover und das Hundesteuergesetz zum lebhaften Bedauern der Staatsregierung unerledigt bleiben müssen“. Nur auf eins verzichtete die Regierung nicht, auf den Gesetzentwurf betreffend die Vertretung des lauenburgischen Landeskommunalverbandes. Dieser Entwurf war trotz des Eifers, mit dem für ihn Puttkamer eintrat, durch einen Antrag Windthorst beseitigt, wonach die durch ein Gesetz von 1880 festgestellte Frist für eine anderweitige Ordnung der Vertretung des lauenburgischen Landeskommunalverbandes ein Jahr verlängert wurde, und zwar gleich „bis zur anderweiten gesetzlichen Regelung“. Für diesen sachgemäßen Antrag hatte eine große Mehrheit gestimmt, — nur der unbedingt ministerielle Theil der konservativen Parteien stimmte dagegen. Im Herrenhause sollte die Niederlage korrigirt werden; das Herrenhaus stellte die Regierungsvorlage wieder her, mit einigen kleinen Aenderungen, dazu bestimmt, dem Abgeordnetenhaus das verschmähte Gericht schmachtender zu machen. Die „Provinzial-Korrespondenz“ verübete denn auch, es sei zu hoffen, daß das Abgeordnetenhaus „in diesem Punkte den Beschlüssen des Herrenhauses beitreten“ werde. Und richtig: die Konservativen, Zentrum und Polen beschloßen, sich den Wünschen des Kanzlers zu fügen. Vergessen war der mittelbare Zusammenhang, der zwischen dem Gesetzentwurf und der unerhörten Aktion des lauenburgischen Landraths v. Bennigsen gegen den zum Landchaftskollegium gehörenden wadern Abgeordneten Berling zu bestehen schien, vergessen war das Pathos, mit dem gerade der Abgeordnete Windthorst die Sache geführt hatte. So weit war Alles in Ordnung. Die große konservativ-polnisch-kerikale Mehrheit war auf dem Plage, Herr v. Hüne motivirte die Umkehr, Puttkamer und Rauchhaupt quittirten — aber diese stolze Mehrheit hatte es nicht der Mühe werth gehalten, ihre Reihen zu vervollständigen. Die Opposition, die nach der Abgeordnetenhaus-Geschäftsordnung nicht einmal auszählen lassen kann, beantragte namentliche Abstimmung. Konservative, Polen und das Zentrum, mit alleiniger Ausnahme des Abgeordneten Windthorst, und die anwesenden Minister-Abgeordneten stimmten für das Herrenhaus. Von 433 Abgeordneten sollten 217 am Plage sein — aber o weh! es waren nur 212, von denen 139 mit Ja, 72 mit Nein gestimmt hatten. Herr v. Puttkamer schien, mit Recht, über diese Nachlässigkeit seiner getreuen Majorität, die von jenen 433 mindestens 285 umfaßt, entrüstet zu sein. Der Präsident v. Köller war über diesen Abschluß — „den schrillen Mißklang“ nennt ihn die „Post“ — ganz außer Fassung. Der Landtag bekam in der Schlussrede des Herrn v. Puttkamer einen kleinen Verweis. Nebenbei erklärte der Minister, daß das Schicksal des Verwendungsgesetzes (also nicht auch „die anderweitigen Vorkommnisse“ der „Provinzial-Korrespondenz“) bestimmend gewesen sei. Wir aber freuen uns, daß dieses Abgeordnetenhaus endlich dauernd in den Ruhestand versetzt wird.

— Durch Handschreiben vom 17. v. Mts. hat der Kaiser den Kindern des Herzogs Adolph von Nassau, dem Erbprinzen Wilhelm und der Prinzessin Hilba, für den Bereich der Monarchie den Titel „Hoheit“ verliehen.

— Der Reichskanzler hat auf ein vom ostpreussischen konservativen Verein erhaltenes Programm folgende Antwort ertheilt:

Friedrichsruhe, den 6. Mai 1882. Ich danke den Herren für ihre freundliche Begrüßung und theile ihre Hoffnungen, wenn es auch der Taktik der Gegner der Regierung zu gelingen









Marf. für Fleischwaare 90-100 R., Ochsen 180-200 R. und für Stiere 100-120 R. An Pferden war der Auftrieb nur klein und das Geschäft darin recht schleppend.

Aus dem Kreise Wogrowiz, 11. Mai. [Geperter Weg. Personalien. Feuer. Verschüttet. Toller Hund.] Wegen der am 1. d. Mts. begonnenen Arbeiten zur Regulierung des Weinaufstufes von der Straßmoer Mühle an aufwärts bis Ruda ist die Passage über die Weinaufstuf bei Straßmoer unterbrochen und der öffentliche Kommunikationsweg zwischen Lajiska und Ruda über Straßmoer in dem Theile von den Wogrowizer Hüfen bis zum Vorwerke Straßmoer gesperrt.

M. Kremeser, 11. Mai. [Theater. Verschönerungs-Verein. Seeverkauf.] Herr Restaurateur Tomczek, der in diesem Jahre den Volksgarten „Amerika“ pachtweise übernommen, hat denselben bereits seit einiger Zeit dem Publikum geöffnet und erfreut sich eines sehr starken Zuspruchs.

S. Santonischel, 10. Mai. [Fahrmarkt. Belohnung.] Der gestern hier stattgehabte Fahrmarkt war so schwach von Käufern wie Verkäufern besucht, daß derselbe nur für einen gut besuchten Wochenmarkt angesehen werden kann.

J. Inowrazlaw, 11. Mai. [Landwehverein.] Am 6. d. M. fand im Wüßischen Lokale hierseits eine General-Versammlung des Landwehvereins statt. Der Vorsitzende des Vereins, Bürgermeister Dierich, eröffnete die Sitzung mit einem Hoch auf Se. Maj. den Kaiser und erstattete darauf den Geschäftsbericht pro 1881/82, aus welchem u. A. hervorgeht, daß der Verein in stetem Wachstum begriffen ist und daß derselbe 187 Mitglieder und zwar 27 außerordentliche und 159 ordentliche zählt.

Aus dem Gerichtssaal.

B. Posen, 9. Mai. [Schwurgericht. Brandstiftung.] Das Verbrechen der vorsätzlichen Brandstiftung bildet in beiden heute anstehenden Sachen den Gegenstand der Verhandlung. Zuerst hatte sich wegen desselben der domizillose Arbeiter Fabian Bilarski zu verantworten. Er ist angeklagt, am 12. März 1880 in Mordze zwei Scheunen und einen Pferdestall, Gebäude, welche zur Wohnung von Menschen bezw. zum zeitweiligen Aufenthalte von Menschen dienten und zwar zu einer Zeit, während welcher Menschen sich in denselben aufhalten pflegten, vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben.

verbrannten erhebliche Quantitäten Getreide, landwirtschaftliche Maschinen und einige hundert Schafe. Der dem Eigentümmer zugefügte Schaden belief sich abzüglich der Versicherung auf 10,000 R. Da die Annahme, das Feuer sei durch Zufall, etwa durch Funken der Lokomobile, hervorgerufen worden, deshalb ausgeschlossen ist, weil die Windrichtung an jenem Tage nicht von der Lokomobile zum Feuerherde zugs, wurde allgemein vermuthet, daß das Feuer angelegt worden sei.

Sodann wurde gegen den Arbeiter Thomas Thadeusz aus Rerzycze verhandelt. Am 10. November 1877 Abends gerieth ein Schuppen des Wirthes Piotrowski in Jurawiec in Brand. Das Feuer verbreitete sich auf die Scheune, den Stall und das Wohnhaus dieses Wirthes. Auch ergriff es die Hofgebäude des benachbarten Wirthes Jorga. Alle diese Gebäude wurden zerstört und mit ihnen Getreidevorräthe, Geräthe, Möbel und auch Vieh vernichtet.

Der Ringtheater-Prozess.

Nach der wiener „Presse“. — Fünfter Verhandlungstag. (Fortsetzung.) Wien, 28. April.

Es folgt der Zeuge Johann Schneider. Derselbe war Bibliothekar des Ringtheaters. Präsi: Was haben Sie am 8. Dezember gemacht? — Schneider: Ich bin im Foyer beim Kaffee-Rest geblieben. Da hat sich auf einmal ein Sturm erhoben. Wir haben geglaubt, der Sturm sei auf der Gasse, und ich sagte noch, wie komme ich heute nach Hause? Da kommt auf einmal viel Publikum herunter; ich bin auf die Gasse hinaus, da stehen die Choristen halb angekleidet und ich frage, was ist geschehen? Das ganze Theater brennt, sagt man mir.

Staatsanwalt: Wie sie damals in der Heßgasse den Herrn Direktor Jauner und den Polizeirath Landsteiner trafen, war schon die Feuerwehr da? — Schneider: Nein. Staatsanwalt: Was war dann, wie sie wieder kamen, war da schon Löschmannschaft beim Haupteingange des Theaters? — Schneider: Nein, ich habe nichts gesehen.

Präsi: Sie, Geringer, Sie sollten während der Sarah Bernhardt-Vorstellungen ein Geschäft gemacht haben mit dem Schnürboden? — Geringer: Ich hatte bei diesen Vorstellungen überhaupt nichts auf dem Schnürboden zu thun. Präsi: Es klingt sehr garstig, daß hier Jeder die Verantwortung auf den Andern schiebt und daß schließlich Niemand das gethan hat, was zu geschehen hatte.

Direktor Jauner: Ich hatte ausdrücklich den Auftrag ertheilt, daß Niemand, auch das Bühnenpersonale nicht, den Schnürboden betrete. Fremde sollten überhaupt nicht die Bühne betreten und von Geringer hinaufgelassen werden.

Der nächste Zeuge ist der ehemalige Theaterarbeiter Karl Kurz. Derselbe war mit der Aufstellung von Dekorationen beschäftigt und giebt in bekannter Weise Aufschluß über den Vorgang beim Beleuchten. — Präsi: Wo waren denn Sie beschäftigt? — Kurz: Ich war rückwärts links als Verleher beschäftigt.

Präsi: Haben Sie gesehen, wie die Soffiten angezündet wurden? — Kurz: Ja, die Entzündung ist ungleich vor sich gegangen, manchmal gleichzeitig, öfters auch ruckweise. Ich habe gesehen, daß manchmal Flammen herausschlugen. Präsi: Was haben Sie am 8. Dezember gemacht? — Kurz: Ich litt, das, was ich ausgesprochen hab' (Weiterkeit).

Präsi: Wo sind Sie dann hin? — Kurz: Ich habe eine Dame vis-a-vis in das Haus geführt. Präsi: Herr Nitsche, was jagen Sie darauf? — Nitsche: Ich habe weder Herrn Kurz, noch sonst Jemandem gesehen. Präsi: Nun, der Zeuge hat Sie gewarnt. Herr Kurz, können Sie das mit Bezug auf Ihren Eid wiederholen? — Kurz: Herr Präsident, ich sage nichts, als ich beide Alles Staatsanwalt: Haben Sie Herrn Nitsche dann wieder gesehen? — Kurz: Nein.

Präsi: Wissen Sie die Fallhöhe, die von der Pferderampe aus ins Souterrain führt? — Kurz: Ja. Dr. Markbreiter: Konnten Sie in den Zuschauerraum hineinsehen? — Kurz: Ja. Dr. Markbreiter: Haben Sie aus dem Zuschauerraum selbst etwas wahrgenommen? — Kurz: Gar nichts, es war ein großes Flammenmeer und ein großes Säufen, ein großes Säufen.

Dr. Singer: War Herr Direktor Jauner unter Tags sehr oft auf der Bühne? — Kurz: Ja. Dr. Singer: Hat er dem Beleuchtungspersonal Aufträge und Warnungen ertheilt? — Kurz: Ja, er hat wiederholt gesagt, die Leute sollen vorsichtiger sein, ein Unglück ist leicht geschehen.

Sachverständiger: Haben Sie das Schreien des Publikums gehört? — Kurz: Nein, es war ein ungeheures Heulen und Brausen des Feuers. So: (Der Zeuge ahmt hier in drastischer Weise das Säufen des Feuers nach.)

Präsi: Gätten Sie mitten in dem Brausen des Luftzuges, das Sie hörten, auch Wehklagen und Hilferufe vernehmen können? — Kurz: Das Geräusch war so groß, daß ich solche Rufe gewiß nicht hätte hören können. Die Zeugen Kurz und Drescher werden gleichzeitig vernommen. Drescher behauptet, daß er den Stephan Nitsche aus der Rollthüre herausgehen gesehen habe. Kurz bestreitet das. Karl Bauer war Statist im Ringtheater, nebenbei Tischler. Er giebt zu, daß Schagerl einmal betrunken war und daß es damals einen Streit gegeben habe unter den Feuerwehrleuten der Bühne.

Dr. Steger: Sie, Herr Geringer, hat Ihnen Ihre Frau nicht erzählt, daß ein ihr fremder Mann den Gas Schlüssel verlangt habe? — Geringer: Er hat ihr sogar den Gas Schlüssel aus der Hand gerissen. Zeuge Johann Wöhrn war ebenfalls Statist am Theater. Präsi: Sie haben einmal den Breithofer schon nach dem Brande im Gasthause gesehen. Was sprachen Sie da mit ihm? — Wöhrn: Ich habe ihn gefragt, warum er das Gas abgedreht habe; ich mußte nämlich, daß er beim Regulator stand, und glaubte, daß er es gethan habe.

Präsi: Sie haben auch angegeben, daß Sie in der Nacht des Brandes selbst den Breithofer darüber gefragt haben. Breithofer habe Ihnen gesagt: Ich habe Alles abgedreht. — Wöhrn: Das habe ich nicht angegeben.

Der Zeuge verwickelt sich in eine Reihe von Widersprüchen zwischen seinen Aussagen vor der Polizei, dem Untersuchungsrichter und seinen heutigen Mittheilungen. Er bemerkt endlich: „Das habe ich dem Untersuchungsrichter mitgetheilt, weil er zu mir sagte: „Machen Sie sich kein Gewissen daraus; der Mensch hat Hunderte zugrunde gerichtet.“

Präsi: Das ist entschieden eine Lüge. Ich muß dieser Aeußerung entgegen treten und glaube, daß wir an den Zeugen keine Frage mehr stellen werden.

Zeugin Marie Anspiz war Garderobiere, hat am 8. Dezember aber das Theater nicht betreten. Sie wird befragt, ob die Rollthüre offen oder versperrt war. Sie behauptet, die Thüre sei aufgesperrt, aber nicht offen gewesen. Der Biletteur war angewiesen, die Thüre nach Öffnen des Theaters aufzusperren und insbesondere der Gefahr sie zu öffnen. Staatsanwalt (zur Zeugin): War die Treppe nächst der Rollthür beleuchtet? — Frau Anspiz: Ja, sie war immer beleuchtet. (Fortsetzung folgt.)

Vermishtes.

\* Longfellow's letztes Lied wird im „Atlantic“, einer in New-York erscheinenden Monatschrift, veröffentlicht werden. Es ist betitelt: „Mad river in the White Mountains“ („Tollfluss in dem weißen Bergen“) und besteht in einem Dialog zwischen dem wandernden Dichter und dem Bergstrom. Der Mann fragt, der Fluß antwortet und erzählt zuletzt seine Geschichte in folgenden Strophen: Als Bächlein tropft' ich, versteckt und klein Derab von felsigen Wänden, Dem Kindelein gleich, das ganz allein Die Stufen emwärts klimmt von Stein Mit zagenden, tastenden Händen. Dann kam der berückende Wanderdrang: Hinaus in die Welt, in die Weiten! Dem finstern Forst ich wild entfrang. In Schauern Floh ich das Feld entlang, Als ritten Gespenster zur Seiten. Ich schwing die Arme — mein Sang erbrauft Boll Fauchen dem Donner entgegen, Der grollend in steigender Wolke haust, Dem Sturm, der in webenden Wispeln saust, Und dem rieselnden, rauschenden Regen.



